

Neuköllner Rundschau

kompakt

für Britz, Buckow, Gropiusstadt, Rudow und Nord-Neukölln


CDU Neukölln

Vogelsang: Einmalige Chance für Bezirk ergreifen

Neukölln braucht jeden Cent der Konjunkturpaktmittel



Stefanie Vogelsang
CDU-Kreisvorsitzende und
stellv. Bezirksbürgermeisterin

Jahrelang wurden die Bezirke unter der SPD/Linke-Koalition kaputt gespart, weder in Infrastruktur noch in Bildung investiert. Jetzt kommen 474 Millionen Euro vom Bund und 158 Millionen vom Land Berlin als Konjunkturpaket II, um der bedrohlichsten Nachkriegsrezession Herr zu werden. Insgesamt also 632 Millionen! Einen Haken gibt es aber bei all den Millionen. Was bis Ende 2011 nicht an Geldern ausgegeben ist, muss an den Bund zurückgezahlt werden. Die 632 Millionen Euro verteilen sich zweckgebunden zu 65% auf den Bereich Bildung und die verbleibenden 35% sind für die Modernisierung der kommunalen Infrastruktur bestimmt.

Verantwortlich für die Sanierungen von Schulen und KiTas sind die Bezirke, diese müssen nun schnell für vergabereife Projekte sorgen. Hierbei gilt es Prioritäten zu setzen und mit Verstand Projekte und Sanierungen in Neukölln anzugehen, die dringend erforderlich sind, Arbeitsplätze sichern und neue

schaffen. Eine feste Summe oder einen Mindestbetrag pro Bezirk gibt es nicht.

Die Neuköllner Bundestagskandidatin der CDU und Stadträtin für Bürgerdienste, Stefanie Vogelsang, handelte schnell. Sie sieht in dem Konjunkturpaket eine „Einmalige Chance für Neukölln, die zügig ergriffen werden muss.“ Im Bürgerbüro der Neuköllner CDU stellte Vogelsang mit dem Fraktionsvorsitzenden der CDU-Neukölln, Falko Liecke, in einem Pressegespräch am 23. Januar die Investitionsforderungen der CDU-Neukölln vor. „Wir müssen schnell für die nächsten Monate und auch für die Zukunft handeln. Wir müssen in Neukölln investieren und das muss bei den Neuköllner Bürgerinnen und Bürgern auch spürbar ankommen.“, so Stefanie Vogelsang. Das Konjunkturprogramm II der Bundesregierung zielt darauf ab, dass notwendige und zusätzliche Maßnahmen in den Kommunen die Wirtschaft und die Arbeitsplätze stützen und deshalb schnell realisiert werden müssen. „Aus diesem Grund schlagen wir hier die dringenden Investitionsmaßnahmen in Neukölln vor, die innerhalb der nächsten 2 Jahre auch umgesetzt werden können.“ Da die Maßnahmen schnell erfolgen müssen, fordert Stefanie Vogelsang die Aussetzung der Kriterien für eine europaweite Ausschreibung.

Die Schwerpunkte liegen auf den Bereichen Bildung (Schulneubau im Süden/ Unterstützung von 12 Ganztagschulen im Norden) und Gesundheit (Sanierung/ Aufstockung Krankenhaus Neukölln). Die Kos-

ten sind hoch, aber eine gute Zukunftsinvestition. Neukölln braucht jeden Cent angesichts maroder Schulgebäude und zunehmender sozialer Probleme, vor allem in Nord-Neukölln. Weitere Informationen unter www.cdu-neukoelln.de.

■ **Neubau der Leonardo-da-Vinci-Oberschule (Gymnasium)**

Der Hauptausschuss hat den vorzeitigen Abriss der Ruinen genehmigt. 2009 werden die Abrissarbeiten durchgeführt, parallel dazu soll die Bauplanungsunterlage für ein fünf zügiges Gymnasium erstellt werden und 2009/2010 der Neubau entstehen.

■ **Neubau der Clay-Oberschule in Rudow**

Freigabe der Abrissmittel im Hauptausschuss genehmigt, die Planung kann parallel zum Abriss erfolgen, der Neubau Ende 2009/2010 realisiert werden.

■ **Grundsaniierung Psychiatrische Abt. Krankenhaus Neukölln**

Die Psychiatrie im Neuköllner Krankenhaus ist in drei Pavillonengebäuden des alten Teils des Krankenhauses untergebracht, eine Sanierung ist dringend erforderlich und kann noch im 2. Halbjahr 2009 beginnen.

■ **Aufstockung Frau-Mutter-Kind Zentrum Neuköllner Krankenhaus**

Entgegen der fachlichen Stellungnahmen von Anfang an zu klein gebaut, ist dringend die Aufstockung um eine weitere Etage notwendig.

■ **Schaffung der baulichen Voraussetzung für gebundenen Ganztagsschulbetrieb an 12 Nord-Neuköllner Grundschulen**

Zwingend für die Stabilisierung der Nord-Neuköllner Situation erforderlich, allerdings oftmals problematisch aufgrund von notwendigem Grunderwerb.



Asbestruine ehem. Leonardo-da-Vinci-Oberschule Buckow: Abriss und Neubau kann sofort beginnen!

Aufstiegschancen für alle Schüler - Neues Bildungskonzept der CDU Berlin



Sascha Steuer, MDA
Bildungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion Berlin,
Rudower Abgeordneter

Der Schüler gehört in den Mittelpunkt der Bildungspolitik!

Jeder muss die Chance auf eine erfolgreiche Schulkarriere und einen qualifizierten Schulabschluss bekommen. Entscheidend sind vor allem ausreichend gut qualifizierte Lehrer, modernes Unterrichtsmaterial, anspruchsvoller Unterricht und eine effiziente motivierende Schulstruktur. Strukturveränderungen kann es also nur verbunden mit pädagogischen Inhalten geben - wie bei unserem "Berliner Modell".

Wir bieten allen Schülern Aufstiegschancen!

Eltern und Schüler sollen nach der Grundschule zwischen weiterführenden Bildungsangeboten mit klaren Profilen und optimalen Aufstiegschancen wählen können. Die Bildungsgänge werden in Schulkoooperationen organisiert, in denen die Schüler zwischen den Bildungsgängen wechseln können. Große bisherige Schulstandorte sollen mehrere Bildungsgänge umfassen, wobei nachgefragte und erfolgreiche Schulstandorte einen Bildungsgang auch an einem Standort organisieren können und so mit nahe gelegenen Standorten kooperieren.

Unterschiedlichkeit der Schüler berücksichtigen!

Das von Rot-Rot geplante Nebeneinandersetzen aller Schüler in einer Schulform nach dem Vorbild der Gemeinschaftsschulen lehnen wir ab. Wir wollen den Schülern entsprechend ihren Fähigkeiten und Neigungen unterschiedliche Bildungsangebote machen. Dazu gehört ein leistungsstarkes, differenziert profiliertes Gymnasium mit dem Abitur nach 12 Jahren ebenso wie Bildungsgänge, die in entsprechender Differenzierung zu beruflicher Qualifizierung, der Fachhochschulreife und mit einem Wechsel auf das Gymnasium zum Abitur nach 13 Jahren führen.

Leistungsanreize und Mindeststandards setzen!

Damit jeder seine Begabungen entfalten kann, ist ein Programm der verbindlichen Mindestanforderungen in Kernbereichen notwendig, das nachweislich erfüllt werden muss und vor allem grundlegendes Orientierungswissen und Methodenkompetenz umfasst. Dies ist die unverzichtbare Basis gerade für junge Menschen mit schwierigem Bildungshintergrund und sozialen Problemen, damit sie eine Zukunft in Ausbildung und Beruf haben.

Die Gymnasien werden erhalten und gestärkt!

Gymnasien führen zu einem anerkannten und guten Abitur. Sie sollen auch Profile mit aktuellen Schwerpunkten wie Biomedizin oder Umweltforschung bilden. Alle Schüler sollen ein strukturiertes Aufnahmeverfahren durchlaufen, um in Klasse fünf oder sieben am Gymnasium aufgenommen zu werden. Wer erfolgreich ist, kann dort bis zum Abschluss bleiben. Außerdem wollen wir die grundständigen Gymnasien ausbauen. Jeder Schüler muss abhängig von seinen Leistungen mit der fünften Klasse an zu einem wohnortnahen gymnasialen Bildungsgang übergehen können.

Den schwächeren Schülern echte Chancen geben!

Wir wollen Hauptschülern ein gutes Angebot machen. Im Vordergrund steht dabei im neuen P-Bildungsgang neben der Vermittlung von Grundkenntnissen und Kompetenzen in Deutsch, Mathematik und Englisch ein problemloser Einstieg in das Berufsleben und konkrete Anknüpfungspunkte an den Arbeitsmarkt. In diesem Bildungsgang durchlaufen die Schüler den Unterricht und absolvieren mehrere Praktika oder zertifizierte Ausbildungsmodule.

Jedem Schüler einen guten Schulstart ermöglichen!

Alle Schüler mit Sprachdefiziten sollen zukünftig gezielten Sprachunterricht vor dem Schuleintritt, ggf. in einer entsprechend vorgeschalteten Sprachförderklasse, erhalten. Auch die Schuleingangsuntersuchungen sollen wieder eingeführt werden, damit jeder Schüler, mit eventuell auftretenden Defiziten, vom ersten Schultag an eine echte zusätzliche Unterstützung erhält.

Statt Flickschusterei endlich den Unterricht garantieren!

Mit einem intelligenten Personalentwicklungsplan wollen wir den Lehrerberuf für eine ganze Legislaturperiode feststellen und daran sowohl Studienplätze als auch Einstellungen langfristig ausrichten. Der Unterricht muss endlich garantiert werden. Bei der Lehrerbesehung darf sich Berlin keine Schlechterstellung leisten, damit eine Abwanderung gut qualifizierter Lehrer in andere Bundesländer verhindert wird.

Auf den Anfang kommt es an!

Zum Ende des vierten Lebensjahres wollen wir Sprachfähigkeit und Motorik aller Kinder überprüfen und bei Bedarf einen Förderplan erstellen. In zwei kostenfreien Vorschuljahren werden Fähigkeiten zu geordnetem Arbeitsverhalten, Sprachkenntnisse, Sprachfähigkeit und Grundlagen von Kompetenz- und Wissenserwerb gelegt. Kinder mit Defiziten in Sprache und Motorik werden zum Besuch der zwei Vorschuljahre verpflichtet.

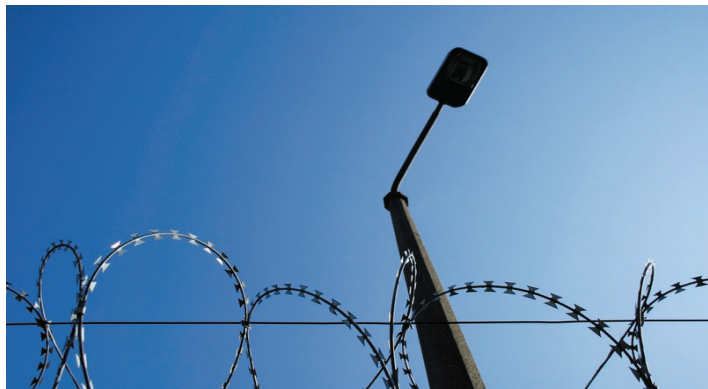
Die Berliner Schule braucht eine klare Werteorientierung!

Grundlage des Schulalltags sind die im Grundgesetz formulierten Regeln des Zusammenlebens, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Anerkennung der Menschenwürde von Schülern und Schulpersonal und die Durchsetzung der Schulpflicht. Außerdem soll der verpflichtende Gebrauch der deutschen Sprache in der Schule im Schulgesetz verankert werden.

Das 10-Punkte-Papier/ Masterplan Bildung finden Sie unter:

www.cdu-neukoelln.de
www.cdu-fraktion.berlin.de

Haftstrafe für Rudower Brandstifter



Markus P. und Robert H. müssen für mehrere Jahre ins Gefängnis. Die jungen Männer (17 bzw. 19 Jahre alt) hatten im Blumenviertel die Häuser von Migranten angegriffen und Brandsätze geworfen. Für die zuständigen Richter stand fest, dass es sich um eine durch Fremdenhass motivierte Tat handelte, bei der die Verurteilten sogar den Tod der Bewohner der Häuser billigend in Kauf genommen haben. „Sie haben Schande über unser Land gebracht“, hielten die Richter den Angeklagten vor. Diese wurden wegen versuchten Mordes und versuchter

schwerer Brandstiftung zu vier Jahren und acht Monaten Haft bzw. drei Jahren und zehn Monaten Haft verurteilt.

In der Nacht vom 21. zum 22. März 2008 waren sie mit Bierflaschen, gefüllt mit Benzin, zum ersten Anschlag losgezogen. Diese hatten sie angezündet und auf das Haus einer bosnischen Familie geworfen. Da das Gebäude nur am Wochenende genutzt wurde, stand es in jener Nacht leer, so dass es glücklicherweise keine Verletzten gab. Außerdem prallten die Molotow-Cocktails an der Fassade ab, so dass sich der Sachschaden in Grenzen hielt.

Einen Monat später warfen die Täter erneut Brandsätze, dieses Mal auf das Haus einer türkischstämmigen Familie. Die Flaschen flogen auf ein im Garten stehendes Zelt. Das Nylondach des Zeltes brannte durch, so wurden die Flammen noch rechtzeitig entdeckt bevor Menschen zu Schaden kamen. Zu diesem Zeitpunkt waren fünf Personen im Haus, die nur dank der Entdeckung des Feuers und der Tatsache, dass sich niemand in dem Zeltpavillon aufhielt, unverletzt blieben. Die Richter bezeichneten die Tat als Anschlag aus niederen Beweggründen, bei dem ohne Weiteres tödliche Folgen hätten eintreten können. „Damit fanden sie sich ab.“, so der Staatsanwalt.

Auch die Entschuldigungen der beiden jungen Männer, die Idee zu den Anschlügen sei ihnen im betrunkenen Zustand und spontan gekommen, reduzierten das Strafmaß nicht, da die Richter am Wahrheitsgehalt dieser Aussagen zweifelten. So sei im Vorfeld des zweiten

Angriffes bereits Stunden vor der Tat über diese gesprochen worden. Außerdem hatten beide Täter regelmäßigen Kontakt zu Vertretern der rechtsextremen Szene, sollen sogar vorübergehend Mitglied der NPD gewesen sein. Von einer fixen Idee, die nicht aus existentem Ausländerhass, sondern aus einem dummen Moment der Trunkenheit entstanden ist, könne demnach keine Rede sein – wer geht schon mit Benzin gefüllten Bierflaschen spazieren?

Für die türkische Familie ist seit dem Anschlag nichts mehr wie vorher. Im vergangenen Jahr konnte sie kaum eine Nacht ruhig schlafen, die Angst vor weiteren Anschlügen ist allgegenwärtig. Trotz allem herrscht aber Erleichterung vor, dass die Täter gefasst sind und harte Strafe erhalten haben. Als Familienvater bedauert der Betroffene, dass 2 Jugendliche ins Gefängnis müssen, als Opfer empfindet er Erleichterung über die Entscheidung des Richters. ■

Null Toleranz gegenüber Graffiti und Vandalismus



Dr. Robbin Juhnke, MdA
Innenpolitischer Sprecher
der CDU-Fraktion Berlin,
Buckower Abgeordneter

Das Beschmieren und Zerstören von U-Bahnen, Hauswänden, Parkbänken und anderen Einrichtungen gehört leider zum Alltag in Berlin.

Vom Senat scheinbar geduldet, für die meisten Berliner jedoch ein Ärgernis, verschan-

deln Graffiti und Vandalismus (z.B. das Zerkratzen von Scheiben) die Stadt. Jährlich entstehen dadurch alleine in Berlin Schäden in Höhe von mindestens 50 Millionen Euro.

Graffiti als Straftat verfolgen

Illegale Graffiti auf öffentlichem oder privatem Eigentum sind in der Regel Sachbeschädigungen. Flusssäure-Graffiti können darüber hinaus sogar zu Körperverletzungen führen. Hier darf es keinen Raum für falsch verstandene Toleranz geben. Deshalb muss eine effektive und konsequente Bekämpfung dieser Straftaten endlich erfolgen.

Videüberwachung: Prävention und Strafverfolgung ausweiten

Die CDU-Fraktion bleibt

bei ihrer Forderung, dass alle öffentlichen Verkehrsmittel schnell mit Videokameras ausgestattet werden müssen. Die derzeitige Ausstattungsquote von rund 50 Prozent bei Bussen und etwa einem Drittel bei U-Bahnzügen ist jedenfalls unzureichend. Entstanden ist dieses Defizit vor allem durch die jahrelange Blockadepolitik von SPD und Linkspartei. Selbst heute ist die Akzeptanz für Videoüberwachung innerhalb der Koalition gering. Das zeigt sich unter anderem an der Debatte, ob die Polizei in die Lage versetzt werden soll, gefährdete öffentliche Plätze mit Kameras überwachen zu lassen.

Mehr Sicherheit im öffentlichen Nahverkehr

Die Berliner hingegen wünschen in ihrer weit überwiegen-

den Mehrheit mehr Sicherheit im öffentlichen Personennahverkehr. Deshalb akzeptieren sie auch den Einsatz von Videotechnik, die einen wertvollen Beitrag zu Prävention und Strafverfolgung leistet.

Beschädigung und Zerstörung mit BVG-Fahrverbot ahnden

Die CDU-Fraktion fordert, Straftaten wie Graffiti und Vandalismus nicht nur strafrechtlich zu verfolgen. Vielmehr müssen diese Delikte zusätzlich mit weiteren Maßnahmen geahndet werden. Das Hausrecht der BVG ermöglicht es der BVG schon heute, die Nutzung von Einrichtungen und Verkehrsmitteln der BVG zu untersagen. Davon sollte in Zukunft gegenüber Straftätern stärker Gebrauch gemacht werden. ■

Pflichtuntersuchungen bei Kindern notwendig



Falko Liecke
Fraktionsvorsitzender der
CDU in der BVV Neukölln

Bereits 2004 forderte die CDU ein Kinderschutzgesetz für Berlin, um Kinder besser vor Misshandlung und Vernachlässigung zu schützen. Darin sollten besonders die Vorsorgeuntersuchungen beim Kinderarzt zur Pflicht gemacht werden. Aufgrund der niedrigen Teilnahmequote von besonders gefährdeten Familien besteht dringender Handlungsbedarf eine verpflichtende Untersuchung einzuführen. Nach Jahrelangem Streit

haben SPD und Linkspartei schließlich eine abgeschwächte Variante verabschiedet und gleichzeitig nicht genügend Mittel zur Umsetzung bereit gestellt.

Nach Schätzungen wurde allein im Jahr 2006 in Berlin bei 18.500 Kindern die Untersuchungen U 4 bis U 6 nicht wahrgenommen. Derzeit ist nicht nachvollziehbar, wie diese große Zahl von Kindern ohne angemessene Aufstockung des Personals nach den Vorstellungen des Senats aufgesucht werden kann, denn das sollen die bezirklichen Gesundheitsämter leisten. Damit bleiben zahlreiche Missstände auch zukünftig unentdeckt und dauerhaft ungelöst; die leidtragenden sind immer die Kinder. Das ist die entscheidende Schwäche des Gesetzentwurfs des Senats.

Zum Wohlergehen der Kinder und deren bestmöglichen Entwicklung müssen Eltern unbedingt die regelmäßigen Vorsorgeuntersuchungen (U) beim Kinderarzt wahrnehmen. Neben der rein medizinischen Untersuchung stehen hier Mo-

torik, Sprache, Sozialverhalten und später auch schulische Leistungen im Mittelpunkt. Ziel ist es eventuelle Krankheiten und Fehlentwicklungen so früh wie möglich zu erkennen, rechtzeitig gegenzusteuern und die jeweils unterschiedlich auftretenden Defizite der Kinder auszugleichen.

Gerade bei vielen Zuwanderer- und sozial schwachen Familien bleiben die gesundheitlichen Bedürfnisse der Kleinen oftmals auf der Strecke. Die Vorlage des Gesetzes belegt erneut, dass unsere Forderung richtig ist. Denn die Untersuchungspflicht ist ein wesentlicher Beitrag für das Wohl unserer Kinder und der Gesellschaft im Ganzen.

Zudem zeigt sich, dass die Anregungen und Einwände der Experten zum Gesetzentwurf in der gesellschaftlichen Diskussion viel weiter fortgeschritten und problemorientierter sind, als SPD und Linkspartei letztendlich in nur ungenügender Flickschusterei verabschiedet haben. ■

Britzer Weingut - Rebschnitt

Am Samstag, den 7. März, findet der Rebschnitt im Britzer Weingut statt. Ab 11:00 Uhr stehen original Britzer Traubensäfte und Weine zur Probe bereit. Für das leibliche Wohl ist zusammen mit Musik gesorgt. Sitzmöglichkeiten sind ausreichend vorhanden.

Der Eintritt ist natürlich frei! Weininteressierte sind herzlich eingeladen einmal selbst die Reben zu beschneiden. Das Weingut liegt im Koppelweg 70 (Bus 181 Haltestelle Am Brandpfuhl; Bus M44 Britzer Damm/ Mohriner Allee). www.britzer-weingut.de ■



Weinanbau mitten in Britz

Bürgerämter: Wartezeit bis 4 Std.

Die Wartezeit in Neuköllns Bürgerämtern verlängert sich um Stunden. Berlins Sozialsenatorin Knake-Werner (LINKE) verursacht Behördenansturm. Das Sozialticket (jetzt Berlinpass) erhalten Hartz-IV Empfänger nicht mehr in den JobCentern wie früher. Diese müssen zusätzlich zu den Bürgerämtern, was zu doppelten Behördengängen führt. In den Bürgerämtern entstehen stundenlange Wartezeiten; Frust und Agression sind die Folgen. Jetzt ist der Wachschutz im Einsatz. Nach Dienstschluss wurde eine Mitarbeiterin der überlasteten Bürgerämter tätlich angegriffen. Neuköllns Stadträtin für Bürgerdienste, Stefanie Vogelsang, forderte Senatorin Knake-Werner auf, die Bürgerämter in Neukölln zu besuchen, um die Realität zu begreifen. ■

Ex-Hertiekaufhaus Umbau

Das ehemalige Hertie-Kaufhaus an der Karl-Marx-Strasse/ Rollbergstrasse stand lange Zeit leer, seit ein paar Wochen wird es entkernt und umgebaut. Für rund 48 Mio. Euro soll ein Bekleidungshaus und ein SB-Warenhaus in das sanierte Gebäude einziehen. ■

Volksentscheid II

Das Volksbegehren über die Einführung des Wahlpflichtbereiches Ethik/Religion war mit insgesamt 265.823 gültigen Stimmen ein riesen Erfolg. Aus Neukölln kamen 23.728 Stimmen. So kommt es zum 2. Volksentscheid in Berlin nach dem Flughafen Tempelhof. Ein Datum für die Abstimmung steht noch nicht fest. Der Vorschlag von CDU und FDP als Termin die Europawahl am 7. Juni mit dem Volksentscheid zu verbinden wurde von der SPD und der Linken abgelehnt. Die extra Kosten für einen beliebigen Termin liegen bei ca. 1,4 Mio. Euro. Nicht viel, bedenkt man das 2009 der Senat 916 Mio. Euro neue Schulden aufnimmt! ■

Termine:

03.03.2009

Bürgersprechstunde 18:00 Uhr
Dr. Robbin Juhnke, MdA

10.03.2009

Bürgersprechstunde 18:00 Uhr
Sascha Steuer, MdA

17.03.2009

Bürgersprechstunde 18:00 Uhr
Marion Kroll, MdA

Bürgersprechstunde:

Jeden Dienstag ab 18:00 Uhr
Bürgerbüro Donaustraße 100
U-Bhf Rathaus Neukölln (U7)
Tel.: 687 22 99

Impressum:

V.i.S.d.P.
Sascha Steuer, MdA
CDU Bürgerbüro
Donaustraße 100
12043 Berlin - Neukölln
Tel.: 687 22 99
www.cdu-neukoelln.de

Redaktion und Gestaltung:

Sascha Steuer, MdA
Kai Aderhold

Fotos:

S. 1, 2, 3 unten, 4: CDU-Neukölln (Aderhold)
S. 3 oben: AndreasF. (JVA); photocase.de